

## **Berlin: Wahljahr 2016 – Die Pflegenden fragen nach**

Synopse des Landespflegerats Berlin-Brandenburg und der Allianz Berliner Pflegekammer  
Wahl des Abgeordnetenhauses Berlin am 18. September 2016

|  | SPD   | Bündnis 90 / Die Grünen   | Die Linke   | Piratenpartei  | CDU  |
|--|---|---|---|--|--|
| <b>Stärkung der Pflegenden</b>                       | <p>Lösungssuche mit „Beschäftigten, Verbänden und der Gewerkschaft“</p> <p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Vergütungssteigerung in der ambulanten Pflege</li> <li>- Einführung des Krankenpflegehilfeberufs</li> </ul>                            | <p>Organisation von Fachgesprächen, um den Dialog zwischen Pflegeexpert_innen und Entscheidungsträger_innen zu fördern</p>  | <p>Streik-Unterstützung an der Charité durch parlamentarische Initiativen einhergehend mit Aktivitäten vor Ort</p> <p>Forderung nach der Verankerung von personellen Mindeststandards zur Stationsbesetzung</p> <p>familienfreundlichere Arbeitszeiten und bessere Bezahlung</p> <p>Forderung: Sonderinvestitionsprogramm zur Schließung von Investitionslücken</p> | <p>Abschaffung des Schulgeldes in der Pflegeausbildung</p> <p>Unterstützung der Streikenden an der Charité</p> <p>Ziel: verbindlicher Personalschlüssel</p>  | <p>Vergütungssteigerung in der ambulanten Pflege um 13,53% (2011-2016)</p> <p>Vergütungssteigerung in der stationären Pflege um 12,34% (2011-2016)</p> <p>Abschaffung des Schulgeldes in der Altenpflegeausbildung (2016/17)</p> <p>Einführung des Krankenpflegehilfeberufs</p> <p>Zeitkontingent für Praxisanleitung</p> <p>Rahmenstrategie 80plus (Diskurs zur Pflegeversorgung)</p> |
| <b>Vermeidung des Fachkräftemangels</b>              |   | <p>Bezahlung und Arbeitsbedingungen verbessern</p> <p>Neustrukturierung der „Ausbildung zur Pflegekraft“</p> <p>vereinfachte und entbürokratisierte Anerkennung ausländischer Qualifikationen</p>   | <p>Kritik: „Dequalifizierung“ der Pflege (Krankenpflegehilfegesetz) behebe nicht den Fachkräftemangel</p> <p>dreijährige Ausbildung als Grundlage einer verbindlichen Personalvorgabe zur Mindestbesetzung</p>  | <p>Ausbau der „berufsbegleitenden Ausbildung von Pflegehilfskräften“, aber: Pflegehilfe kein Ersatz für Fachpflege</p> <p>stärkere Förderung der Fachpflegeausbildung durch die Arbeitsagentur</p>   | <p>Verbesserung der Vergütungssituation in der Pflege</p> <p>Steigerung der gesellschaftlichen Wertschätzung für den Pflegeberuf durch Kampagnen wie „Gepflegt in die Zukunft“</p>   |
| <b>Errichtung einer Landespflegekammer</b>           | <p>Errichtung eines Berufsverbandes (K.d.ö.R.) mit freiwilliger Mitgliedschaft von Fach- und Hilfskräften</p> <p>Kritik: Landespflegekammer sei kein realistisches, den Pflegenden vermittelbares Konstrukt</p>   | <p>keine klare Positionierung</p> <p>Umsetzung müsse „besprochen und ausgehandelt“ werden</p>   | <p>Kritik: fehlende Wissenschaftlichkeit der Akzeptanzstudie (2015)</p> <p>keine Unterstützung zur Errichtung einer Landespflegekammer</p>  | <p>Unterstützung der Errichtung einer Landespflegekammer</p>   | <p>Ankündigung der Errichtung einer Landespflegekammer</p> <p>Impulse aus der Berufsgruppe</p> <p>fachliche Vorbereitung und unmittelbare Unterstützung von gesetzlichen Regelungen</p>  |
| <b>Pflegeausbildung und Akademisierung</b>           | <p>Unterstützung der generalistischen Pflegeausbildung mit Spezialisierung</p> <p>Unterstützung der hochschulischen Ausbildung als Zugangsmöglichkeit zum Pflegeberuf</p> <p>Ziele: Erhöhung von Transparenz und Durchlässigkeit im Aus- und Weiterbildungssystem</p> | <p>Befürwortung einer Zusammenführung der Pflegeausbildungen</p> <p>Bedenken hinsichtlich des Verlustes von „erforderlichen Kenntnissen“</p> <p>Ziel: Angleichung der Bedingungen in den Pflegeberufen</p>                                  | <p>Ziel: Pflegeausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz, d.h. Ausbildungsvergütung mit Sozialversicherungspflicht sowie Ausbildungsrahmenplan</p> <p>Finanzierung über ein Umlageverfahren zur Sicherstellung einer gebührenfreien und qualifizierten Ausbildung</p> <p>Kritik: generalistische Pflegeausbildung sei „Schmalspur-Pflegeausbildung“</p>              | <p>Reform der Pflegeausbildung sei „überfällig“</p> <p>Ausbau von pflegewissenschaftlichen Lehrstühlen, insbesondere mit Schwerpunkt: Gerontologie</p> <p>Fokus auf Spezialisierung von Pflege</p>   | <p>Zustimmung zum Pflegeberufreformgesetz</p> <p>Verbesserung der Durchlässigkeit und der Entwicklungsmöglichkeiten des Pflegeberufs</p>   |
| <b>Informationsquellen pflegepolitischer Arbeit</b>  | <p>wissenschaftliche, fachpolitische und parlamentarische Quellen</p> <p>Austausch auf Länder- und Bundesebene</p> <p>Kontakt mit Beschäftigten, Pflegebedürftigen und Trägern vor Ort</p>  | <p>Kontakt mit Berufs-, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften</p> <p>Amt für Statistik Berlin-Brandenburg</p> <p>Sozialstrukturatlas</p> <p>Bevölkerungsprognose des Berliner Senates</p> <p>Pflegereport 2030 (Bertelsmann-Stiftung)</p> | <p>Personalvertretungen</p> <p>Gewerkschaften</p> <p>Kritik: Landespflegekammer sei weder Interessenvertretung noch Gewerkschaft</p>  | <p>„Akteure des Gesundheitswesens“</p> <p>Gepflegte, Angehörige und Pflegenden</p> <p>Hauptziel einer Landespflegekammer: Bündelung der Interessen</p>   | <p>Fachpublikationen</p> <p>Konferenzen und Fachtagungen</p> <p>Pflegekammer</p>   |
| <b>Personalbemessung und Finanzierung von Pflege</b> | <p>Unterstützung eines „verbindlichen Personalschlüssels auf Bundesebene“</p> <p>Ziel: Ausbau und Stärkung tarifpartnerschaftlicher Strukturen</p>  | <p>solidarische Bürgerpflegeversicherung</p> <p>Errechnung des Personalbedarfs auf Grundlage des Pflegebedarfs</p> <p>Zweckbindung der Finanzierung</p> <p>Mindestlohn nur als „untere Aufanglinie für Hilfskräfte“</p>                     |   | <p>Stärkung der Beteiligung des Landes an der Finanzierung</p> <p>Einhaltung von Qualitätsstandards und Personalschlüsseln</p> <p>Berücksichtigung von pflegeberuflicher Erfahrung in tariflichen Vergütungsstrukturen</p> <p>Erhöhung des Mindestlohnes in der Pflege</p> | <p>gute Personalausstattung und tarifgerechte Bezahlung</p> <p>Bezahlung über Mindestlohn</p> <p>Hinweis auf Tarifautonomie</p>  |
|  | SPD   | Bündnis 90 / Die Grünen   | Die Linke   | Piratenpartei  | CDU  |

Kontakt:

Landespflegerat Berlin-Brandenburg  
Geschäftsstelle im Haus der Gesundheitsberufe  
Alt-Moabit 91  
10559 Berlin

Telefon: 030 208987260  
Telefax: 030 208987289  
E-Mail: [info@landespflegerat-berlin-brandenburg.de](mailto:info@landespflegerat-berlin-brandenburg.de)



Allianz Berliner Pflegekammer:

<http://berliner-pflegekammer.de>  
[info@berliner-pflegekammer.de](mailto:info@berliner-pflegekammer.de)

